

Wer zahlt für die Krise? Jetzt die Karten auf den Tisch



Es ist schon merkwürdig: da erleben wir die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit Jahrzehnten. Doch im Bundestagswahlkampf kommt das Thema verdächtig wenig vor.

Dabei wissen alle, dass die Regierung unglaubliche Summen ausgegeben hat, um Banken vor dem Kollaps zu retten, Unternehmen zu stützen und Konjunkturpakete aufzulegen. Und alle ahnen, dass die enorme Staatsverschuldung irgendwann getilgt werden muss. Die Frage ist nur: Wer soll die Zeche nach den Wahlen zahlen?

Schon jetzt ist absehbar, dass jede künftige Regierung - egal wer sie stellt - sich an die Sanierung der Staatsfinanzen machen muss und wird.

Erste Schätzungen kommen zum Ergebnis, dass den Sozialversicherungs-Systemen bis Ende 2010 rund 30 Mrd. Euro fehlen werden. Bund, Länder und Gemeinden erwarten enorme krisenbedingte Steuerausfälle. Das Bankenrettungspaket wird die SteuerzahlerInnen einen dreistelligen Milliardenbetrag kosten. Hinzu kommen die Milliarden für die Konjunkturpakete. Die Bemühungen der Regierung, taumelnde Firmen vor der Insolvenz zu retten, sind noch nicht beziffert.



Sicher ist aber, dass der „Kassensturz“ noch aussteht. Von der Regierung wird derweil alles getan, um die Stimmung vor der Bundestagswahl nicht kippen zu lassen. Die Leitlinie scheint zu sein: Vor der Wahl bloß nicht die Folgen wegbrechender Steuereinnahmen diskutieren, nichts über die Auswirkungen auf den Sozialstaat sagen... Am besten gar nicht über die Krise sprechen.

Wir wollen aber vorher wissen:

Auf wessen Kosten soll die Krise bewältigt werden?

Wer sich die Programme der meisten Parteien anschaut, dem fällt auf: niemand plant, die Banken, Konzerne und Reichen nennenswert zur Kasse zu bitten. Also diejenigen, die die jetzige Krise verursacht oder an ihr verdient haben.

Auch wenn es jetzt noch keiner ankündigt, bleibt dann nur eine Alternative: wie unter Kohl und später „Rot-Grün“ wird das Geld von der Masse der Bevölkerung geholt werden. Sei es durch Steuererhöhungen, durch Sozialabbau oder die Privatisierung öffentlichen Eigentums.

Attac verlangt, die Kosten der Krise nicht auf die Allgemeinheit abzuladen und fordert stattdessen:

Vermögensabgabe

Die reichsten 10 Prozent der Deutschen besitzen mehr als 60 Prozent des Vermögens, während 70 Prozent der Bevölkerung weniger als 10 Prozent des Vermögens halten. Die Vermögensabgabe belastet die Profiteure, verhindert die drohende Abwälzung der Krisenkosten auf die ärmsten Teile der Bevölkerung und ermöglicht Investitionen in Gesundheit, Bildung und Ökologie – anstelle von Sozialabbau.

Banken entmachten

Die Banken haben auf ihrer Jagd nach immer höheren Renditen und mit abenteuerlichen Finanzprodukten den Kollaps der ganzen Wirtschaft riskiert. Als Schlüsselbranche im Kapitalismus gehören sie in die Öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle.

Finanzmärkte regulieren

Die Politik hat bewusst zugelassen, dass sich große Teile der Finanzmärkte ohne jede Kontrolle entfalten konnten und so die Krise mit verursacht. Jetzt ist eine Umkehr angesagt.

Hedgefonds und Zweckgesellschaften müssen endlich verboten werden. Neue Finanzinstrumente müssen durch einen staatlichen Finanzmarkt-TÜV zugelassen werden. Finanztransaktionen aller Art sollen besteuert werden, um Spekulation einzudämmen.

Nach der Wahl wird es darauf ankommen, für solche Forderungen aktiv einzutreten und alle Sozialabbaupläne gemeinsam abzuwehren.

Die Krise hat zudem erneut gezeigt: Eine Wirtschaft, die auf Konkurrenz, Profitstreben und ewigem Wachstum beruht, ist nicht zukunftsfähig. Sie führt zu wachsender Ungleichheit, massiver Umweltzerstörung und heftigen wirtschaftlichen Verwerfungen. Es ist hohe Zeit, dass wir uns gemeinsam auf die Suche nach grundsätzlichen Alternativen zum kapitalistischen Wirtschaftssystem machen.



Kontakt:
Stefan Wilker
0541/5061479
stefan.wilker@gmx.de